



STRAFTÄTER AUS DER STAATSANWALTSCHAFT!

Bürgermeister entsorgt AfD-Plakat und zeigt sich gleich selbst an

Von WINSTON KIRCHBERG | Heiko Senking ist Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft „Lüneburg“ und Bürgermeister von „Ebstorf“. Da die dortige Staatsanwaltschaft offenbar derzeit stark unterlastet ist, hat Heiko S. schnell ein AfD-Plakat gestohlen und sich mittels eines „Selfies bei Tatbegehung“ bei seinem Arbeitgeber angezeigt. Auf Steuerzahlerkosten natürlich!

Welch komplett irre Auswüchse wird die Treibjagd gegen die AfD, ihre Mitglieder und ihr Eigentum in Deutschland noch annehmen? Gerade die tätlichen Übergriffe durch Politiker anderer Parteien zeigen erschreckende Formen auf, so wie man sie nur aus dunkleren Zeiten Deutschlands kennt. In den letzten Wochen vor der Bundestagswahl wurden vermehrt Wahlkampfshelfer der demokratischen „Alternative für Deutschland“ von „politischen Gegnern“ angegriffen und verletzt. Die Hemmschwelle zur Aggression gegen die AfD läuft hierzulande nun gegen null.

In Berlin sind über ein Drittel aller beschädigten Plakate von der AfD. Die Plakate werden beschädigt, beklebt oder

gestohlen, meist wenige Stunden nach der rechtmäßigen Anbringung.

Erst am vergangenen Mittwoch wurde ein von wachen Wählern [ertappter CSU-Bürgermeister](#) auf YouTube mit Spott, Hohn und Häme überschüttet. Der Franke war der absolute YouTube-Star für einen Tag, immerhin etwas Ruhm für den Helfershelfer des umtriebigen „Spin-Doktor“ Andreas Scheuer, CSU.

Dieser „Heiko“ zeigt sich gleich selbst an. Praktisch.

Gegen „Ausländer-Hass“ startete der Bürgermeister von Ebstorf in der Lüneburger Heide seine Vandalismus-Straftat gegen die AfD. Dabei trägt Heiko Senking, UWG, sein Unrechtsbewusstsein schuldstolz zur Schau. Deshalb schreibt er gleich zu Beginn seines Posts: „Gerne können Sie rechtliche Schritte gegen mich einleiten, allerdings habe ich mich bereits dahingehend heute selber angezeigt.“



Zum Vergrößern anklicken

„Unglaubliche Courage !“ – Männliche Schwangerschaftsphobie?

Senking stieß mit seiner Erklärung auf „geteilte“ Resonanz im Netz: Innerhalb weniger Stunden wurde sie über 4.400-mal kommentiert. Die meisten Kommentatoren auf dem sozialistischen

Blog „Neues Deutschland“ loben derzeit seine „sehr geile Aktion“, feiern seine unglaubliche „Courage“ und bieten ihm sogar finanzielle Hilfe an. Es handelt sich bei dem von Heiko Senking entfernten Plakat um ein Motiv aus der aktuellen AfD-Kampagne: „,Neue Deutsche? Machen wir selber“ zur Bundestagswahl.

Bürgermeister Heiko leidet nicht etwa unter einer männlichen Schwangerschaftsphobie, sondern [begründet seine Straftat](#) folgender-maassen: „Ich fand es unerträglich, dass die Mitglieder meines Vereins an diesem Schild vorbei in die Geschäftsstelle gehen mussten“. Für ihn war das Plakat des Wettbewerbers „eine gezielte Provokation, die er nun „abgestellt“ habe. Laut Mitteilung des Kommunalpolitikers Senking bestehe „sein Verein“, der TuS Ebstorf zu einem großen Teil aus Menschen mit Migrationshintergrund, verschiedener Religionen und unterschiedlicher sexueller Orientierungen.

Angelika Klee, Sprecherin der Staatsanwaltschaft Lüneburg, bestätigt die Straftat ihres geschätzten Kollegen [auf Nachfrage](#). „Wir prüfen eine mögliche Sachbeschädigung“, sagt sie. Zu dem Umstand, dass diese mögliche Sachbeschädigung ein Mitarbeiter begangen hat, könne sie noch nichts sagen. Man werde jetzt alle notwendigen Informationen einholen und dann die Angelegenheit bewerten.

In den sozialen Netzen wird Senking aber auch vorgeworfen, mit seiner Straftat zwar für angebliche „Toleranz einzutreten, selbst jedoch keine andere Meinungen zu dulden.“ Ein altbekanntes sozialistisch-kommunistisches Problem. Als Bürgermeister wäre Heiko S. der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet.

Aber auch andere Heikos in Deutschland haben ernstzunehmende Probleme mit Rechtsstaatlichkeit und Justiz (Zensurgesetz, Beleidigung, Hetze, Westwing-Sponsoring-Affaire). Bisläng wurde der Text auf Facebook mehr als 19.000 Mal weiter verbreitet und mehr als 120.000 Mal mit »Gefällt mir«

markiert. Der Post wurde allerdings noch nicht von seinem Namenkollegen und obersten Dienstherrn gesperrt.

Heiko, du bist nicht der einzige Straftäter, der „diesen Namen trägt“ – hoch am Himmelszelt.



Landesflüchtlingsbeauftragter schließt AfD von Podiumsdiskussion aus

Die etablierten Parteien und ihre Filztierchen achten kurz vor der Wahl mehr und penibler denn je darauf, dass sie ihr Meinungsmonopol solange wie möglich behalten und gegen die demokratische Opposition abschirmen können.

Dazu werden Regeln so gestaltet, dass sie „passen“, also die AfD aus allem heraushalten, was Aufmerksamkeit oder Teilnahme am demokratischen Meinungsbildungsprozess versprechen könnte. Beispiel: Bundestagspräsident Lammert, der einen drohenden AfD-Alterspräsidenten im Bundestag verhindern wollte, änderte deshalb kurzerhand die Regeln dahin, dass nicht der älteste gewählte Abgeordnete die erste Sitzung leitet, sondern der bislang dienstälteste Abgeordnete. Da die AfD erst im kommenden Bundestag vertreten sein wird, hielt er sie so fern, Tradition hin oder her.

Genauso wollte es gern der Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen in Schleswig-Holstein, Stefan Schmidt (76), handhaben. Bislang konnte man es sich einfach machen und als Regel aufstellen, dass nur Parteien eingeladen werden, die einem Landes- oder dem Bundestparlament angehören. Das Kriterium passte nun aber schon lange nicht mehr und so musste sich Schmidt etwas anderes überlegen. Zur Lex AfD wurde nun die Regel genommen, dass nur solche Parteien eingeladen werden, die in einem Parlament vertreten, aber auch an einer Landes- oder Bundesregierung beteiligt sind, womit man die AfD wieder elegant entsorgt hätte.

Der Präsident des schleswig-holsteinischen Landtages, Klaus Schlie (CDU), dem Schmidt mit seinem Amte zugeordnet ist, bestätigte auf eine Anfrage der AfD hin zwar das Prinzip der Chancengleichheit ...

Dieses sieht eine Berücksichtigung politischer Parteien entsprechend ihrer Bedeutung vor. Hierbei sind nach der Rechtsprechung insbesondere das letzte Wahlergebnis und die Erfolgsaussichten bei bevorstehenden Wahlen in den Blick zu nehmen. Dies gilt umso mehr, je enger – in zeitlicher oder inhaltlicher Sicht – ein Bezug zu einer bevorstehenden Wahl gegeben ist.

... sagte aber seinem Asylbeauftragten davon nichts, sodass der sich weiter dem Mitveranstalter Amnesty International und dem „Welcome“ verpflichtet sieht, aber nicht dem Austausch von Meinungen, die etwa auch kontrovers dazu stehen könnten, Demokratie hin oder her. In einer von der [AfD verbreiteten Pressemitteilung](#) heißt es dazu:

„Der Landesbeauftragte, der direkt dem Präsidenten des schleswig-holsteinischen Landtages zugeordnet ist, offenbart hier ein recht merkwürdiges Demokratie- und Debattenverständnis“ wundert sich Jörg Nobis, Fraktionschef der AfD im Kieler Landtag. „Indem er drei Wochen vor der

Bundestagswahl eine Podiumsdiskussion zu einem wahlkampfrelevanten Thema durchführt, ohne zu dieser die Vertreter aller Parteien einzuladen, die gute Aussichten haben, in den Bundestag gewählt zu werden, benachteiligt er eindeutig die AfD, die als einzige Partei nicht eingeladen wurde.“

Wie schon erwähnt: Von undemokratischen Parteien darf man nicht die Beachtung demokratischer Grundsätze erwarten, Machterhalt geht bei ihnen auch und vor allem hinten herum durch solche Mauscheleien. Lediglich eine wache Öffentlichkeit kann hier weiterhelfen. Wer den Präsidenten des Landtages von der CDU oder seinen Asylbeauftragten für Einwanderung befragen möchte, kann dies hier tun:

» klaus.schlie@cdu.ltsh.de

» Stefan Schmidt (CDU)

Postfach 71 21

24171 Kiel

Telefon: (0431) 988-1291

Telefax: (0431) 988-1293

E-Mail: fb@landtag.ltsh.de

Hinweis an unsere Leser: Bei allen Kontroversen in der Sache und trotz des unfairen und undemokratischen Verhaltens des Landtagspräsidenten von der CDU bitten wir um einen sachlich-fairen Ton in der Auseinandersetzung.

(Spürnase: Peter)



Außenminister in Sorge!

Von INXI | Nein, natürlich sorgt sich Außenminister Sigmar Gabriel nicht um unser Land, um die Beziehungen zu den USA oder zu Israel. Außenpolitisch hat er so viel Porzellan zerschlagen, wie keiner seiner Vorgänger. Wir erinnern uns an den jüngsten Affront, als er die israelische Regierung plump vor den Kopf stieß. Sein Nachfolger wird in wenigen Wochen große Mühe haben, die Fehlritte des Elefants im Porzellanladen diplomatisch zu kitten. Als Wirtschaftsminister hat Gabriel die größten Waffenexporte in der Geschichte Deutschlands zu verantworten; Großabnehmer sind die Wahabisten in Saudi-Arabien. Vielleicht liegt das diplomatische Unvermögen Gabriels auch daran, weil er dieses Amt (nach eigener Aussage) angenommen hat, um mehr Zeit für seine Familie zu haben? Also quasi in Elternteilzeit ein bisschen den Außenminister und Vizekanzler mimen? Man weiß es nicht. Den Titel Vizekanzler gibt es übrigens nicht, wertet aber die Person in der Mainstreampresse auf.

Warum sorgt er sich wirklich?

Gabriel fordert fast täglich die Freilassung des Schmierfinken Yücel aus türkischer Haft. Das geht natürlich dem Sultan vom Bosphorus gehörig auf den Senkel und dieser hat den deutschen Außenminister mit unschönen und ungewohnten Worten bedacht. Dadurch fühlte sich einer der zahlreichen Anhänger Erdogans unter den Türken in Deutschland bemüßigt, der Frau Gabriels [einige Worte auf dem Anrufbeantworter](#) zu hinterlassen. Der genaue Wortlaut ist unbekannt, aber die Polizei hat

selbstredend den Anrufer eiligst identifiziert – und abgewunken. Kein Straftatbestand erkennbar!

Messen mit zweierlei Maß

Gabriel, den Tränen nahe, klagt also in der Öffentlichkeit wegen ein paar augenscheinlich harmloser Sätze auf dem AB seiner Frau! Der gleiche Gabriel, der seine Mitbürger schonmal als Pack bezeichnet und ihnen den „Stinkefinger“ zeigt! Freilich umringt von einem Kordon aus Leibwächtern. Wie armselig! Wo war Gabriels Einschreiten, als der Stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner (Pöbel-Ralle) über Twitter dazu aufrief, das Personal der AfD zu attackieren und dies prompt in die Tat umgesetzt wurde, in dem Eberhard Brett in Köln zusammengeschlagen wurde? Wo ist Gabriels Kritik an Übergriffen gegenüber AfD-Mitgliedern? Menschen werden an Leib und Leben bedroht, Autos, Wohnhäuser und Büros werden systematisch angegriffen und beschädigt. Einfache Mitglieder verlieren ihre Arbeit, im Öffentlichen Dienst läuft eine unsägliche Kampagne durch Gabriels Kumpels von verdi.

Nichts! Es kommt nichts von Seiten Gabriels. Freilich, wenn einem ein laues Lüftchen ins feiste Gesicht weht, wird öffentlich gejammert. Bleibt zu hoffen, dass dieses Trauerspiel am 24.9. ein Ende nimmt!



Warum Merkel nicht in der SPD ist

Von C. JAHN | Merkel handelt wie die SPD, sie denkt wie die SPD, sie sieht aus wie SPD – aber sie ist nicht in der SPD. Stattdessen ist sie in der CDU und wirkt dort bis heute wie eine Migrantin, die sich zwar die Papiere ergattert hat, von der aber jeder weiß, dass sie eigentlich da nicht hingehört. Warum also migrierte Merkel in die CDU, obwohl sie eigentlich in der SPD zu Hause ist?

Wer die vergangenen 12 Jahre Merkel Revue passieren lässt, wird in diesen 12 Jahren keine einzige Regierungshandlung finden, die in irgendeiner Weise zu der CDU passt, der Merkel nach der Wiedervereinigung beigetreten ist. Stattdessen war Merkel in den vergangenen 12 Jahren die am längsten amtierende SPD-Kanzlerin, die Deutschland je hatte. Und nicht nur das: In vielerlei Hinsicht war sie sogar noch mehr SPD als ihr Vorgänger Gerhard Schröder. Schröder hat es immerhin gewagt, dringend überfällige Reformen des Sozialstaats anzupacken, die der unter Kohl träge gewordenen Bundesrepublik zumindest wieder eine gewisse wirtschaftliche Dynamik zurückbrachten. Merkel hat gar nichts reformiert. Sie hat im Gegenteil etliche der Schröderschen Reformen wieder zurückgenommen und zudem wirtschaftliche Freiheiten mehr und mehr durch planwirtschaftliche Elemente ersetzt – denken wir allein an ihre Energiepreispolitik oder ihre „Mietpreisbremse“. Auch gesellschaftspolitisch – Stichwort Umvolkung – ist Merkel SPD pur.

Was trieb Merkel in die CDU?

Nach der Wiedervereinigung hat sich Merkel genau diese Frage sicher auch gestellt. In der DDR hatte sie sich aktiv in der FDJ engagiert und dort Karriere gemacht – sicher nicht mit Parolen für die freie Marktwirtschaft oder die

Wiedervereinigung. Auch der Vorwurf, dass sie sich aktiv an der Beobachtung von Regimegegnern beteiligt haben soll, liegt immer noch wie ein dunkler Schatten über ihrer Person. Merkel war in der DDR im Zweifelsfall immer auf Seiten des Regimes und nie auf der Seite derjenigen, die sich gegen das Regime einsetzten. Niemand hätte sich daher gewundert, wenn sie nach 1990 den gleichen Weg eingeschlagen hätte, den viele politisch engagierte DDR-Bürger wählten, die zwar einerseits die neue Freiheitlichkeit der Bundesrepublik begrüßten, aber auch den Idealen einer stark sozial, wenn nicht gar sozialistisch ausgerichteten Regierungspolitik nahestanden: entweder der SPD beizutreten, dem Bündnis 90 oder der SED in ihrer zur „PDS“ umgetauften, weichgespülteren Erscheinungsform (heute: „Die Linke“).

Aber hätte Merkel in der PDS Karriere gemacht? Dort wäre sie auf echte Kaliber gestoßen, Gysi an der Spitze, die das unscheinbare Mädchen schnell weggebissen hätten. Die PDS war 1990 immer noch eine knallharte Kaderpartei mit hervorragend geschultem, machterprobtem Führungspersonal. Auch inhaltlich hätte Merkel den Makel ihres fehlenden Charismas nicht wettmachen können: Trotz FDJ-Karriere hätte Merkel nichts vorzuweisen gehabt, was ihr in der PDS den Status des Besonderen gegeben hätte – sie wäre einfach eine der vielen namenlosen linken Reformer gewesen, die sich damals in der PDS tummelten. Das gilt ähnlich auch für das Bündnis 90/die Grünen der damaligen Zeit. Was hätte eine Angela Merkel der grünen Partei inhaltlich anbieten können, und gegen wen hätte sie sich durchsetzen können? Joschka Fischer? Bei Fischer hätte Merkel nicht einmal einen Job am Kopierer bekommen, schon allein weil sie nach nichts aussah. Und die geifernden Frauen der Westgrünen hätten sie ruckzuck weggestichelt, so wie sie das mit allen grünen Frauen aus der ehemaligen DDR gemacht haben. Und auch die SPD jener Tage war eine Macho-Partei ersten Ranges: Brandt, Lafontaine, Schröder. Wer von diesen Leuten hätte sich mit einer Merkel abgegeben? Wie lange hätte ein Lafontaine eine Angela Merkel mit ihrer nervigen,

leiernden Sprache, ihrem unförmigen Hosenanzug und ihren nichtssagenden Glupschaugen in seinem Büro ertragen?

Keine Chance in anderen Parteien

Alle Parteien, in denen sich Merkel also 1990 ideell zu Hause gefühlt hätte, hätten ihr zwar nicht die Tür vor der Nase zugeschlagen, aber sie hätte sich dort bestenfalls als stundenweise Aushilfe am Faxgerät verdingen können. Niemals hätte sie bei SPD, PDS oder Grünen Karriere gemacht.

Die besten Aussichten boten sich für Merkel daher allein in der CDU. Kohl war 1990 auf dem Gipfel seiner Macht, aber in der zweiten Reihe war kein Nachfolger in Sicht. Als typischer Machtmensch hatte Kohl jeden fähigen Kopf, der ihm gefährlich werden konnte, in die Wüste geschickt. Zudem war die CDU im Grunde schon 1990 eine geistig hohle Partei, in der es nicht mehr um Inhalte, sondern nur um Machterhalt ging. Genau in dieser Situation erkannte Merkel ihre Chance: Da ihr komplett jede Aura fehlte und sie immer etwas plump auftrat – laut Kohl konnte sie kaum mit Messer und Gabel essen – erschien sie Kohl nicht als Konkurrenz, konnte ihm aber als ausgebuffte, kluge Machtspielerin innerparteilich hilfreich sein. Gleichzeitig hatte sie der geistig ausgedünnten CDU auch inhaltlich etwas zu bieten: mit ihrer linkslastigen Denkweise schien sie als Vorzeigefrau einer „modernen CDU“ geeignet. Was in den linken Parteien eine Selbstverständlichkeit war, links zu sein, war in der CDU damals noch etwas Seltenes – und deshalb eine Besonderheit. Es war vermutlich genau diese Kombination, die Merkel erkannte und nutzte: die doppelte Karrierechance, da die CDU einerseits neben Kohl nur über eher schwache Charaktere verfügte, die man mit etwas Geschick zur Seite schieben konnte, und die CDU andererseits die Möglichkeit bot, die schon damals erkennbar zunehmende linke Strömung in der Partei zu verstärken – bis sie einen nach oben spült.

Merkel hat diese Chance sehr wahrscheinlich bereits 1990 realistisch erkannt und daher die richtige Entscheidung

getroffen. Bis heute hat sie als zwar schlaue, aber eigentlich gesichtslose Person ihren verhärmtten Machthunger nur in einer personell und geistig ausgezehrten Partei wie der CDU stillen können. Da sie als Vorsitzende höchstpersönlich dafür gesorgt hat, dass die CDU auch in Zukunft genau diese gleichen Schwächen aufweisen wird – lasches Personal, inhaltliche Leere -, wird sie dies vermutlich noch viele weitere Jahre tun können. Alle anderen Parteien hätten mit einer Angela Merkel schon vor langer Zeit Schluss gemacht.



Warnung vor der FDP!

Von WOLFGANG HÜBNER | Die FDP gehörte zur alten Bundesrepublik wie für unsereins eine mal lästige, mal nützliche, aber fast immer penetrant präsente Nachbarin. Die seligen Kanzler Adenauer, Erhardt, Brandt, Schmidt und Kohl könnten darüber einiges erzählen. Doch im neuen wiedervereinigten Deutschland schien die Partei schon zweimal, 1998 und vor vier Jahren, ihre besten Zeiten hinter sich zu haben. Nach dem Rauswurf aus dem Bundestag 2013 läuteten sogar schon laut die Sterbeglocken für die FDP.

Doch Totgesagte leben bekanntlich länger. Spätestens nach dem Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen sind die sich liberal nennenden Gelben wieder munter dabei im politischen Spiel und haben beste Aussichten, in der nächsten Bundesregierung mit Ministerposten und politischem Einfluss bedacht zu werden. Was

dabei herauskommen wird, sollte halbwegs informierten Wählern eigentlich klar sein – jedenfalls keine fundamentale Änderung der „Deutschland schafft sich ab“-Politik der Merkel-Ära, die aber notwendig wäre.

Und doch gibt es durchaus vernünftige Zeitgenossen, die immer noch erwägen, die FDP zu wählen, um, wie diese Zeitgenossen hoffen, eine schwarz-grüne oder gar eine inzwischen aber sehr unwahrscheinliche rot-dunkelrot-grüne Bundesregierung zu verhindern. Dabei spielt auch die Hoffnung mit, der neue „starke Mann“ der FDP, Christian Lindner, könne der Uckermark-Domina besser Paroli bieten als das sein verstorbener Vorgänger Westerwelle tat.

Dass es sich dabei um Wunschdenken handelt, hat nun ausgerechnet ein langjähriger enger Weggefährte und Vertrauter von Lindner, nämlich der langjährige nordrhein-westfälische FDP-Politiker Gerhard Papke, in einem kürzlich erschienenen Buch mit dem Titel „Noch eine Chance für die FDP?“ offenbart. Papke, 18 Jahre älter als Lindner, warnt vor einem Politiker, der gerne das Wort „Mut“ im Mund führe, jedoch nur als „Element einer stylischen Werbebotschaft“. Und er schreibt: „Lindners Tonalität folgt überaus geschmeidig dem Zeitgeist. In die neue FDP lässt sich vieles hineininterpretieren. Sie wird zur Projektionsfläche unterschiedlicher Erwartungen.“

Es ist also Vorsicht und auch Misstrauen geboten, wenn Lindner, wie aktuell der Fall, die Russland-Sanktionen kritisiert oder sich für härtere Maßnahmen zur Abwehr der massenhaften Invasion von Wirtschaftsflüchtlingen ausspricht. Papke hat nämlich 2014 eine für ihn traumatische Erfahrung mit Lindner gemacht, die auch zum Bruch der politischen Männerfreundschaft führte: Damals hatte Papke gemeinsam mit einem Parteifreund ein vor allem gegen die Islamisierung gerichtetes Thesenpapier veröffentlicht.

Lindner drehte sich wie ein Fähnchen im Wind

Auch Parteichef Lindner teilte den Text bei Facebook, hieß ihn also gut. Doch dann gab es Angriffe von linker und grüner Seite gegen die Thesen, in den Medien wurden sie skandalisiert. Als Reaktion darauf distanzieren sich die FDP und Lindner umgehend von dem Papier, Papke stand plötzlich allein da. In seinem Buch wirft er Lindner nun vor, die Chance vertan zu haben, mit deutlichen Positionen zu Themen wie Zuwanderung und Islamismus Wähler aus der rechten Mitte an die FDP zu binden.

Das kann allerdings der AfD nur recht sein. Gleichwohl hat die Lindner-FDP bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und vor allem in Nordrhein-Westfalen erstaunlich gute Wahlergebnisse verbuchen können. Und die Umfragewerte für die Bundestagswahl sind verheißungsvoll. Mit anderen Worten: Der betont cool und auch aggressiv-machohaft auftretende Lindner erweckt offenbar bei vielen Wählern den Eindruck, an der Seite der erschlaferten Kanzlerin der härtere, durchsetzungsfähigere Mann als Schulz oder gar Özdemir werden zu können.



Gerhard Papkes kritisches Buch über die Lindner-FDP.

Gerhard Papkes Warnung vor diesem begabten politischen Blender sollte nicht ignoriert werden. Ansonsten droht jenen Bürgern, die sich zur Wahl für die Union nicht mehr und für die AfD

immer noch nicht entscheiden mögen, die nächste Enttäuschung. Zwar wird Lindner aus dem Scheitern der Westerwelle-FDP einiges gelernt haben. Aber seine charakterlichen Defizite und seine Zeitgeistgeschmeidigkeit hat der schon zweimal gescheiterte Geschäftsmann deshalb nicht abgelegt. Wer die FDP und Lindner wählt, wählt nicht nur Blau, sondern unternimmt politisch eine leichtsinnige Fahrt ins Blaue.